

10.01.2024

Arbeits- und Sozialpolitik

Ausgangslage:

Die Vielfachkrisen der letzten Jahre haben zu massiven Verunsicherungen bei vielen Menschen und zu einem pessimistischen Blick in die Zukunft geführt. Viele glauben, ihren Lebensstandard nur noch schwer halten zu können und erwarten für ihre Kinder und Enkel deutliche Verschlechterungen. Die Erwartungen an die Politik, Sicherheit und Schutz vor Lebensrisiken zu gestalten, sind bei vielen Menschen enttäuscht und einer Abwendung von etablierter Politik gewichen.

Die AfD wird überproportional von Menschen gewählt, die sich selbst als „Arbeiterinnen“ oder „Arbeiter“ beschreiben. Die Partei behauptet, Anwalt der „kleinen Leute“ und auch der abhängig Beschäftigten zu sein.

Position des DGB

Gute Arbeit und auskömmliche Löhne sind eine Grundvoraussetzung für ein sicheres und planbares Leben. Nur gemeinsam lassen sich diese Interessen gegen die Kapitaleseite durchsetzen. Gewerkschaften sind dafür der stärkste Hebel. Durch Tarifbindung, Lohnsteigerung und die Gestaltung guter Arbeitsplätze, können wir gemeinsam die Interessen der Beschäftigten durchsetzen.

Die AfD: Keine Alternative für Beschäftigte

Argument von rechts: Die AfD ist doch die einzige Partei, die noch die Probleme der einfachen Leute im Blick hat

- Entgegen ihrer Selbstdarstellung, steht die AfD bei sozialpolitischen Themen nicht an der Seite der Beschäftigten und einfachen Leute. Im Gegenteil: Die Hauptopfer der AfD-Politik wären ein Großteil ihrer Wähler*innen. In einer Studie des DIW wird das detailliert nachgewiesen. Wie keine andere Partei im Bundestag außer der FDP, steht die AfD für neoliberale Politik, mit der vor allem sozialpolitische Errungenschaften abgeschafft werden sollen.
- Dem ohnehin zu geringem Anstieg beim Mindestlohn hat die AfD im Bundestag nicht zugestimmt; die rechtliche Ausweitung des Streikrechts, z.B. beim Billigflieger Ryanair, wurde von ihr abgelehnt. Auch einer stärkeren Tarifbindung stellt sie sich in den Weg, beispielsweise wenn ihr Landesverband in Baden-Württemberg fordert, die Pflicht, öffentliche Aufträge an tarifgebundene Unternehmen zu vergeben, wieder abzuschaffen.
- Als im Bundestag während der Corona-Pandemie über eine Sonderprämie für Beschäftigte in sogenannten systemrelevanten Berufen gesprochen wurde, war es die AfD, die das mit der Begründung ablehnte, es sei unklar, wie das finanziert werden solle.

Argument von rechts: Die AfD legt sich mit den Eliten an und steht an der Seite der „normalen Leute“

- Das Gegenteil ist richtig: Mit ihrer konkreten Politik in den Parlamenten steht die AfD vor allem an der Seite von Millionären und Superreichen. Sie stimmt konsequent für deren Interessen. Denn programmatisch und vor allem in ihrer Praxis in den Parlamenten steht die AfD für eine Umverteilung von unten nach oben. Sie macht eine Politik im Interesse der Reichen: Sie lehnt die Vermögenssteuer für Multimillionäre ab, will die Erbschaftssteuer auf riesige Vermögen gänzlich abschaffen und trat im Bundestag für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die verbliebenen reichsten zehn Prozent der Bevölkerung ein. Auf die Frage, wie denn die daraus entstehende Finanzlücke des Staates geschlossen werden solle, antwortete ihre Fraktionsvorsitzende Alice Weidel: *Durch Einsparungen! Bei Arbeit und Soziales kann man einsparen!*“ (Deutscher Bundestag Protokoll 19. Wahlperiode, 20. Sitzung, S. 1626)

Positionen der AfD zu Arbeit & Soziales

Hauptleidtragende der AfD wären ihre Wähler*innen: https://www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/das_afd-paradox_die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html

AfD stimmt der Mindestlohnerhöhung nicht zu: <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=779>

In der Beschlussempfehlung des Bundestages heißt es auf S. 11: „Die Fraktion der AfD kritisierte, dass die politische Anhebung des Mindestlohns den Markt außer Kraft setze.“ <https://dserver.bundestag.de/btd/20/019/2001916.pdf>

In Baden-Württemberg will die AfD das Landesvergabegesetz, mit dem öff. Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden dürfen, abschaffen: [AfD will Landestariftreuegesetz abschaffen, Fraktionen stimmen gegen den Vorstoß | Staatsanzeiger BW](#)

Vermögensabgabe Multimillionäre: <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=813> (AfD dagegen)

Arbeitsschutzkontrollgesetz: <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=707> (AfD und FDP dagegen)